



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Stiens

Telefon: (0221) 221-25001

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: verena.stiens@stadt-koeln.de

Datum: 05.02.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 28.01.2013, 15:33 Uhr bis 16:42 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Henk van Benthem CDU i. V. für Herrn Dr. Elster
Herr Manfred Waddey GRÜNE i. V. für Herrn Wolter

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel SPD
Frau Inge Halberstadt-Kausch SPD
Frau Monika Möller SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann SPD
Frau Gisela Manderla CDU
Herr Werner Marx CDU
Frau Brigittavon Bülow GRÜNE
Herr Manfred Richter GRÜNE
Herr Volker Görzel FDP ab 15.39 Uhr
Herr Frank Maul PRO KÖLN

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein auf Vorschlag der SPD
Herr Oliver Kreams SPD ab 15.40 Uhr
Herr Axel Hopf auf auf Vorschlag der CDU ab 16.04 Uhr

Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)
Herr Rüdiger Dröger	FDP
Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN
Herr Nijat Bakis	auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

GPR

Herr Jörg Dicken

Schriftführerin

Frau Verena Stiens

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Andreas Wolter	GRÜNE

Herr Granitzka begrüßt die Anwesenden und trägt die Vorschläge der Verwaltung zur Aufnahme in bzw. Absetzung von der Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

- 3.1 Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung des AVR vom 10.09.2012
Sauberkeit im Umfeld des RheinEnergieStadions
0021/2013
- 3.2 Beantwortung einer Nachfrage von Frau Möller vom 10.12.2012
Mitteilung zur Refinanzierung von Schulhausmeisterdiensten bei Privatveranstaltungen
0175/2013
- 3.3 Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Marx vom 05.11.2012
Schutz der städtischen Bediensteten vor Übergriffen
0214/2013
- 4.4 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Dezember 2012
0123/2013

- 4.5 Optimierung der Arbeit in den Bezirksausländerämtern
0125/2013
- 4.6 Das neue Glücksspielrecht
0160/2013
- 4.7 Bericht über die Umsetzung von Beschlüssen aus dem Geschäftsbereich des Dezernates I - Stand: 31.12.2012
0292/2013
- 5.2 Organisationsanalyse der Gebäudewirtschaft
4000/2012
- 6.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.01.2013
Ausbildung von Nachwuchskräften bei der Stadtverwaltung Köln
AN/0129/2013
- 6.2 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 23.01.2013
Geschöner Wikipedia-Eintrag als kommunale Werbemaßnahme für die Archäologische Zone
AN/0134/2013
- 6.3 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.01.2013
Open Government
0276/2013
- 6.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 25.01.2013
Hackerangriff auf die Einwohnerdatenbank der Stadt Köln
AN/0146/2013
- 10.3 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
4527/2012
- 10.4 Bedarfsfeststellung über die Digitalisierung von mobilen und stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen im Kölner Stadtgebiet und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplans 0205, Verkehrsüberwachung
4016/2012
- 10.5 Brüsseler Platz - Maßnahmen im Jahr 2013
0037/2013
- 10.6 Änderungen der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln
hier: Neufassung der Zuständigkeitsordnung
3912/2012
- 10.7 Mittelbewilligung für die Bundestagswahl 2013
0193/2013

II. Nichtöffentlicher Teil

- 11.1.1 Verweis aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 29.11.2012
Entwicklung der Mobilfunkkosten
3887/2012

- 16.4 Einleitung von Vergabeverfahren zum Abschluss von Rahmenverträgen über die Lieferung von Büropapier für den allgemeinen Bedarf und von Papier für die städtische Druckerei
4180/2012

- 16.5 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Bedarfs- und Glasreinigung im Rautenstrauch-Joest-Museum sowie im Museum Schnütgen, Cäcilienstr. 29 in 50676 Köln
0090/2013

- 16.6 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 37 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 5-
4510/2012

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

- 2 Internationales**

 - 2.1 Absichtserklärung zum EU-Projekt "Daguerreobase"
4345/2012

- 3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

 - 3.1 Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung des AVR vom 10.09.2012
Sauberkeit im Umfeld des RheinEnergieStadions
0021/2013

 - 3.2 Beantwortung einer Nachfrage von Frau Möller vom 10.12.2012
Mitteilung zur Refinanzierung von Schulhausmeisterdiensten bei Privatveranstaltungen
0175/2013

 - 3.3 Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Marx vom 05.11.2012
Schutz der städtischen Bediensteten vor Übergriffen
0214/2013

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2011
4282/2012
- 4.2 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2013"
4457/2012
- 4.3 Information über die erfolgreiche Teilnahme am Wettbewerb Kommunalen Klimaschutz
4014/2012
- 4.4 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Dezember 2012
0123/2013
- 4.5 Optimierung der Arbeit in den Bezirksausländerämtern
0125/2013
- 4.6 Das neue Glücksspielrecht
0160/2013
- 4.7 Bericht über die Umsetzung von Beschlüssen aus dem Geschäftsbereich des Dezernates I - Stand: 31.12.2012
0292/2013

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

- 5.1 Personelle Ressourcen stärken - DiversityManagement für die Stadt Köln
4487/2012
- 5.2 Organisationsanalyse der Gebäudewirtschaft
4000/2012

6 Schriftliche Anfragen

- 6.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.01.2013
Ausbildung von Nachwuchskräften bei der Stadtverwaltung Köln
AN/0129/2013
- 6.2 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 23.01.2013
Geschöner Wikipedia-Eintrag als kommunale Werbemaßnahme für die Archäologische Zone
AN/0134/2013
- 6.3 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.01.2013
Open Government
0276/2013

6.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 25.01.2013
Hackerangriff auf die Einwohnerdatenbank der Stadt Köln
AN/0146/2013

6.4.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion AN/0146/2013 "Hackerangriff auf die Einwohnerdatenbank der Stadt Köln"
0336/2013

7 Mündliche Anfragen

7.1 Mündliche Anfrage von Frau Manderla zur neuen Rundfunkgebühr

8 Anträge

9 Platzvergaben

9.1 Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2013
0035/2013

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Honorarordnung der Volkshochschule Köln
3493/2012

10.2 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung einer Steuer auf Vergnügungen sexueller Art vom 19. Mai 2010
4575/2012

10.3 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
4527/2012

10.4 Bedarfsfeststellung über die Digitalisierung von mobilen und stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen im Kölner Stadtgebiet und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplans 0205, Verkehrsüberwachung
4016/2012

10.5 Brüsseler Platz - Maßnahmen im Jahr 2013
0037/2013

10.6 Änderungen der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln
hier: Neufassung der Zuständigkeitsordnung
3912/2012

10.7 Mittelbewilligung für die Bundestagswahl 2013
0193/2013

II. Nichtöffentlicher Teil

11 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

11.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 28.11.2012 Entwicklung der Mobilfunkkosten
4437/2012

11.1.1 Verweis aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 29.11.2012 Entwicklung der Mobilfunkkosten
3887/2012

11.2 Beantwortung verschiedener mündlicher Anfragen zu "Prüfbericht Abwicklung der ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung im Bereich der Lebensmittelüberwachung bei 57 - Umwelt und Verbraucherschutzamt"
4355/2012

12 Mitteilungen der Verwaltung

13 Schriftliche Anfragen

14 Mündliche Anfragen

15 Anträge

16 Allgemeine Vorlagen

16.1 Nutzung der Rechtsdatenbank Beck-Online-Premium
4379/2012

16.2 Vereinbarung mit den Stadtentwässerungsbetrieben Köln AöR zur Übernahme des Telefonservices durch das Call-Center der Stadt Köln
3920/2012

16.3 Einleitung eines Vergabeverfahrens (HS Hachenburger Str. 11 + 3 weitere)
4369/2012

16.4 Einleitung von Vergabeverfahren zum Abschluss von Rahmenverträgen über die Lieferung von Büropapier für den allgemeinen Bedarf und von Papier für die städtische Druckerei
4180/2012

16.5 Einleitung eines Vergabeverfahrens (Reinigung in zwei Museen)
0090/2013

16.6 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 37 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 5-
4510/2012

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

Herr Granitzka berichtet von der Auftaktveranstaltung des Kölner Netzwerks der Daseinsvorsorge am 18.01.2013 im Historischen Rathaus, welches von wichtigen Trägern der Daseinsvorsorge unter anderem zur gemeinsamen Geltendmachung ihrer Anliegen auf europäischer Ebene gegründet worden sei. Er führt aus, eines der Themen sei die mögliche Gefährdung der kommunalen Wasserversorgung durch die Überlegung der EU-Kommission, auch für Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge eine europaweite Ausschreibungspflicht einzuführen, gewesen.

Herr Granitzka fügt abschließend hinzu, die Veranstaltung sei hervorragend vorbereitet und sehr gut besucht gewesen. Die Gründung des Netzwerkes halte er für eine sehr gute Idee, die auch in den Medien ein positives Echo erfahren habe.

2.1 Absichtserklärung zum EU-Projekt "Daguerreobase" 4345/2012

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung des AVR vom 10.09.2012 Sauberkeit im Umfeld des RheinEnergieStadions 0021/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3.2 Beantwortung einer Nachfrage von Frau Möller vom 10.12.2012 Mitteilung zur Refinanzierung von Schulhausmeisterdiensten bei Privatveranstaltungen 0175/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3.3 Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Marx vom 05.11.2012 Schutz der städtischen Bediensteten vor Übergriffen 0214/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2011 4282/2012

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen greift eine Passage des vorliegenden Berichtes auf, wonach die Anzahl der eingestellten schwerbehinderten Menschen im Jahr 2011 unter der der ausgeschiedenen schwerbehinderten Beschäftigten liege, was langfristig zu einer Unterschreitung der derzeitigen Schwerbehindertenquote von 6,91 % führen müsste.

Er bittet die Verwaltung um kurze Stellungnahme sowie ggfs. um ergänzende Beantwortung, welche Maßnahmen die Verwaltung hier plane zu ergreifen.

Herr Kahlen sichert dem Ausschuss die Vorlage einer schriftlichen Beantwortung zu und ergänzt, die Verwaltung liege derzeit über der gesetzlich verankerten Mindestbeschäftigungsquote von 5 %.

Auf weitere Rückfrage von Herrn Detjen hinsichtlich der Schwerbehindertenquote bei Dezernat IV versichert Herr Kahlen, dort werden hohe Anstrengungen unternommen, die Anzahl der Erzieherinnen und Erzieher vor den derzeitigen Herausforderungen hinsichtlich des geplanten Ausbaus der Kita-Plätze für Kinder unter 3 Jahren anzuheben. Er informiert über eine laufende bundesweite Diskussion zur möglichen Verbesserung der Rahmenbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher z.B. in der Ausbildungszeit.

4.2 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2013" 4457/2012

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Granitzka lobt die Einrichtung des auch in diesem Jahr wieder ausgelobten Ehrenamtspreises und ergänzt, dieses Jahr konnten die Bläck Fööss als Ehrenamtspaten gewonnen werden.

4.3 Information über die erfolgreiche Teilnahme am Wettbewerb Kommunalen Klimaschutz 4014/2012

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Granitzka nutzt die Gelegenheit, sich im Namen des Ausschusses bei dem Leiter des Amtes für Informationsverarbeitung, Herrn Dr. Engel, und seinen Mitarbeitern herzlich für die Leistungen im Rahmen des Projektes "Umbau des Rechenzentrums Chorweiler" zu bedanken, für das die Stadt zusammen mit dem Landschaftsverband Rheinland nun mit dem vom Institut für Urbanistik vergebenen Sonderpreis "Kommunaler Klimaschutz 2012" ausgezeichnet wurde.

4.4 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Dezember 2012 0123/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.5 Optimierung der Arbeit in den Bezirksausländerämtern 0125/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Frau dos Santos Herrmann zu der möglicherweise gefährdeten Einhaltung von Fristen zur Verlängerung einer Aufenthaltsgenehmigung erläutert Frau Dahmen, diese Probleme seien mit denen zu vergleichen, die auch zum Wochenende auftreten könnten und versichert, hieraus sei bisher keinem Einwohner ein Nachteil erwachsen. Sie ergänzt, bereits vier Wochen vor Ablauf eines Aufenthaltstitels werde über diese Frist informiert.

Auf Nachfrage von Herrn Detjen sichert Herr Kahlen zu, die Mitteilung auch dem Integrationsrat zur Kenntnis vorzulegen.

4.6 Das neue Glücksspielrecht 0160/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Frau dos Santos Herrmann erläutert Herr Kahlen, die Umsetzung der Maßnahmen bedürfe voraussichtlich keiner weiteren Regelungen auf dem Gebiet des Stadtrechts.

Herr Detjen erklärt sich überrascht über die Anzahl von vermutlich bis zu 1000 illegal betriebenen Sportwettvermittlungsstellen und fragt vor dem Hintergrund der Entwicklung der letzten Jahre, insbesondere im Stadtteil Ehrenfeld, ob der Erlass einer über die neuen Regelungen hinausgehenden Satzung zur Einleitung zweckmäßiger Maßnahmen erforderlich sei.

Herr Kilp erläutert, die hohe Anzahl der Wettbüros resultiere auf der bisher fehlenden Rechtsklarheit, die der Verwaltung nicht ausreichende Möglichkeit zur Ergreifung von Maßnahmen bot. Er ergänzt, auf der Grundlage des neuen Glücksspielrechts hoffe die Verwaltung nun, die Problematik der illegalen Wettbüros, die darüber hinaus keinen rechtlichen Bestandsschutz genießen, eingrenzen zu können.

Auf weitere Rückfragen von Frau von Bülow erklärt Herr Kilp, die geschätzte Anzahl der illegalen Sportwettvermittlungsstellen beruhe auf der Zahl der angemeldeten Gewerbebetriebe sowie auf nach Beobachtungen vorgenommenen Schätzungen.

Auf der Grundlage des Verwaltungsverfahrenes und der neuen Regelungen werde man nun Maßnahmen wie die Anhörung, den Erlass von Ordnungsverfügungen und die mögliche Verhängung eines Zwangsgeldes bis hin zur Anwendung von unmittelbarem Zwang bzw. der Schließung des Betriebes ergreifen. Herr Kilp fügt hinzu, die Verwaltung habe die großen Verbände schon entsprechend angeschrieben; diese überlegten jedoch bereits, über den Europäischen Gerichtshof gegen die neuen Regelungen vorzugehen.

Herr Kilp informiert, eine Kontrolle der geforderten Sozialkonzepte könne durch eine entsprechende schriftliche Abfrage bei den Gewerbetreibenden erreicht werden.

Auf Rückfrage von Herrn Görzel teilt Herr Kilp abschließend mit, durch das Gesetz sei eine Sperrzeit von 01.00 Uhr festgestellt worden, auf deren Einhaltung im Rahmen der normalen nächtlichen Kontrollen des Ordnungsdienstes geachtet werde.

4.7 Bericht über die Umsetzung von Beschlüssen aus dem Geschäftsbereich des Dezernates I - Stand: 31.12.2012 0292/2013

Frau Manderla schlägt vor, die Kenntnisnahme aufgrund des Umfangs des Berichtes zu vertagen. Zudem bittet sie um kurze Mitteilung, wann mit der geplanten Einführung des elektronischen Beschlusscontrollings zu rechnen sei.

Herr Mohr erklärt, derzeit liefen intensive Vorbereitungsarbeiten, um noch dieses Jahr eine Entscheidung treffen zu können, welches Verfahren unter der Berücksichtigung der Gesichtspunkte Praktikabilität und Aufwand letztendlich eingeführt werde.

Er ergänzt, Grundlage für diese Überlegungen sei das inzwischen auf die Fachausschüsse bzw. Dezernate aufgeteilte Verfahren der Berichtspflicht, welches bereits erfolgreich umgesetzt werden konnte.

Frau von Bülow vermisst den aktuellen Sachstand zur Umsetzung des Beschlusses aus der Ausschusssitzung vom 19.09.2011 zum Interkulturellen Referat und bittet, diesen noch in den Bericht aufzunehmen.

Herr Detjen fragt, wann zum Thema Gesundheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. zur durchgeführten Beschäftigtenbefragung mit neuen Informationen zu rechnen sei.

Herr Kahlen bittet um Berücksichtigung, dass die Auswertung der mit 8.000 Rückläufen sehr erfolgreich durchgeführten Befragung etwas Zeit in Anspruch nehmen werde. Wie die Verwaltung auch dem Gesamtpersonalrat bereits mitteilte, sei die hohe Anzahl der Rückläufe sowie die Tatsache, dass viele individuelle, über die Fragebögen hinausgehende Stellungnahmen eingegangen seien, ein Indiz dafür, wie wichtig dieses Thema für die Mitarbeiter/-innen sei. Er fügt hinzu, dies verlange eine intensive Auseinandersetzung der Verwaltung mit der Thematik. Im Sinne der Erarbeitung eines Konzeptes zur bestmöglichen Arbeitsplatzgestaltung bitte er daher um ausreichend Zeit. Herr Kahlen versichert, sobald die Ergebnisse der Auswertung vorlägen, werde der Gesamtpersonalrat sowie der Ausschuss selbstverständlich hierüber informiert.

Herr Granitzka bedankt sich für die Ausführungen und äußert hinsichtlich der bedeutenden Thematik sein Verständnis für die intensive und daher voraussichtlich etwas zeitaufwendigere Auswertung der gesammelten Daten.

Herr Granitzka greift Frau Manderlas Anregung auf und schlägt vor, die Kenntnisnahme der Vorlage zu vertagen. Der Ausschuss ist einverstanden.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5.1 Personelle Ressourcen stärken - DiversityManagement für die Stadt Köln 4487/2012

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Bitte von Frau Möller, den eher dem Bereich der Naturwissenschaft zuzuordnenden Begriff der "Rasse" in diesem Zusammenhang ersatzlos zu streichen, weist Herr Kahlen auf die Regelungen des Gleichstellungsgesetzes hin, dem dieser entnommen wurde. Darüber hinaus sichert er dem Ausschuss die Überprüfung einer möglichen Streichung des Begriffes zu.

5.2 Organisationsanalyse der Gebäudewirtschaft 4000/2012

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von Frau Manderla, warum die per Ratsbeschluss vom 13.10.2011 in Auftrag gegebene Durchführung der Organisationsanalyse soviel Zeit in Anspruch nehme, weist Herr Kahlen auf den enormen Umfang des Beschlusses hin. So sei der Verwaltung unter anderem aufgegeben worden, einen multilateralen Dialog mit allen am Produktionsprozess der Gebäudewirtschaft Beteiligten, wie auch externen Auftraggebern, zu führen.

Er bittet daher um Nachsicht, all diese Komponenten in die Untersuchung mit aufzunehmen, die Befragungen durchzuführen, um dann mit den entsprechenden Grundlagen die Lenkungsgruppe einberufen zu können, habe die angesprochene Zeit benötigt.

Auf Rückfrage von Herrn Granitzka teilt Herr Kahlen mit, die Verwaltung plane die Lenkungsgruppe noch einmal im zweiten Quartal 2013 mit dem Vorschlag der Maßnahmen einzuberufen, die dem Rat voraussichtlich noch in der letzten Sitzung vor der Sommerpause vorgelegt werden können.

Auf weitere Rückfrage von Herrn Richter erklärt Herr Kahlen, auch wenn der Ratsbeschluss diese Möglichkeit einräume, habe die Verwaltung bisher auf die Einbeziehung einer externen Unternehmensberatung zum Einen aus Kostengründen verzichtet. Er erläutert, für die Beauftragung eines externen Unternehmens zur Durchführung der kompletten Untersuchung, die mit Kosten i.H. von ca. 1,5 Millionen Euro verbunden gewesen wäre, seien zum damaligen Zeitpunkt keine finanziellen Mittel im Haushalt veranschlagt gewesen. Des Weiteren entspreche die seitens der Verwaltung durchgeführte Analyse genau der Verfahrensweise, auf die auch ein externes Unternehmen zurückgreifen würde.

Herr Kahlen ergänzt abschließend, mit der Haushaltsanmeldung für das Haushaltsjahr 2013/2014 sei nun ein Betrag von 60.000 € veranschlagt worden, auf den zur Einbeziehung externen Sachverständes bei Bedarf zurückgegriffen werden könne.

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.01.2013 Ausbildung von Nachwuchskräften bei der Stadtverwaltung Köln AN/0129/2013

6.2 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 23.01.2013 Geschönter Wikipedia-Eintrag als kommunale Werbemaßnahme für die Archäologische Zone AN/0134/2013

Nach Rückfrage von Herrn Detjen, inwiefern die Verwaltung sich bereits mit der Werbeagentur in Verbindung gesetzt habe, schlägt Herr Granitzka vor, zunächst die Beantwortung der Verwaltung abzuwarten. Er ergänzt, auch die Fraktion CDU habe insbesondere nach der aktuellen Medienberichterstattung weitere Fragen an die Verwaltung. Er kündigt an, seine Fraktion werde sowohl im Finanzausschuss als auch im Rechnungsprüfungsausschuss mehrere Anfragen stellen. Unter anderem werde man ernsthaft über die Frage der Ausgabe einer derartigen Summe an dieser Stelle bei gleichzeitig vorgenommenen Kürzungen im sozialen Bereich diskutieren müssen.

Auf weitere Rückfrage von Herrn Detjen sichert Herr Kahlen zu, sich für die Beantwortung aller Fragen in der nächsten regulären Sitzung des Finanzausschusses am 04.02.2013 einzusetzen.

Frau von Bülow bittet um Beachtung, dass Anfragen, die in einem einzelnen Ausschuss gestellt werden, auch in diesem beantwortet werden müssten.

**6.3 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.01.2013
Open Government
0276/2013**

Die Beantwortung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 25.01.2013
Hackerangriff auf die Einwohnerdatenbank der Stadt Köln
AN/0146/2013**

**6.4.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion AN/0146/2013 "Hackerangriff auf die Einwohnerdatenbank der Stadt Köln"
0336/2013**

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Görzel bedankt sich für die schnelle und gründliche Beantwortung der Anfrage und erklärt sich über deren Inhalt beruhigt.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Mündliche Anfrage von Frau Manderla zur neuen Rundfunkgebühr

Vor dem Hintergrund der Einführung der neuen Rundfunkgebühren, durch die die Kommunen aufgrund der geänderten Berechnung auf der Grundlage der Anzahl ihrer Betriebsstätten und KFZ nun erheblich stärker belastet werden sollen, fragt Frau Manderla, inwiefern hier schon Aussagen zur Höhe der ab sofort zu entrichtenden Gebühr gemacht werden können. In diesem Zusammenhang greift sie die Forderung des Deutschen Städtetages nach einer pauschalen Betragsbemessung ähnlich der Gebühren für Privathaushalte auf und fragt, inwiefern die Herbeiführung einer besonderen Regelung für die Kommunen geplant sei.

Herr Heintz bittet um Beachtung, zur Bemessung der künftigen Rundfunkgebühren sei neben der Anzahl der Betriebsstätten auch die Anzahl der jeweils dort tätigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ausschlaggebend. Er erläutert, dass die Ermittlung der benötigten Kennzahlen zur Berechnung der neuen Gebühr einen erheblichen Verwaltungsaufwand verursache.

Herr Görzel informiert über eine ähnliche Anfrage der Fraktion FDP zur Sitzung des Finanzausschusses und regt an, die Beantwortung dieser auch dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales zur Kenntnis vorzulegen.

8 Anträge

9 Platzvergaben

**9.1 Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2013
0035/2013**

Frau dos Santos Herrmann fragt, ob die Durchführung zweier sehr ähnlicher Veranstaltungen in einem Abstand von nur wenigen Wochen, wie der Antikmarkt auf dem Neumarkt und dem Rudolfplatz, bereits zuvor schon einmal genehmigt wurde bzw. inwiefern hier bei möglicher Gefährdung der Angebotsvielfalt ggfs. eine Veränderung des Platzkonzeptes vorgenommen worden sei.

Herr Kilp informiert, derartige Konstellationen seien nach seiner Kenntnis auch in der Vergangenheit schon genehmigt worden und versichert, eine negative Beeinträchtigung des Platzkonzeptes sei dadurch nicht zu befürchten.. Er sagt zu, diese Fragestellung dennoch zu prüfen und die genauen Daten zur Niederschrift nachzuliefern.

Gleichzeitig kündigt er eine Novellierung des Platzkonzeptes für das Jahr 2014 an, die dem Ausschuss voraussichtlich im 3. Quartal des Jahres zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Herr Richter vermisst die Nennung der nach seinen Informationen bereits beworbenen Veranstaltung "Rheinschau", die in der Zeit vom 30.05.2013 – 02.06.2013 auf dem Neumarkt stattfinden soll.

Herr Kilp sichert auch für diesen Fall die Prüfung des Sachverhaltes sowie ggfs. nachträgliche Aufnahme der Veranstaltung in die Niederschrift zu.

Die Verwaltung teilt im Nachgang zur Niederschrift mit:

Auch in den Vorjahren wurden bereits Veranstaltungen ähnlichen Charakters innerhalb eines kurzen aufeinander folgenden Zeitraumes auf Plätzen wie dem Neumarkt und dem Rudolfplatz genehmigt und durchgeführt. So fanden z.B. im Vorjahr insgesamt drei sogenannte Antikmärkte in den Zeiträumen 19.-20.05.2012 (Neumarkt), 29.06.-01.07.2012 (Rudolfplatz) und 01.-02.09.2012 (Neumarkt) statt. Bei einer Anhäufung derartigen Anträge für einen Platz bzw. ein Jahr würde dem Ausschuss eine Auswahl, max. 2 Veranstaltungen, vorgeschlagen. Das Platzkonzept lasse ja ausdrücklich die qualitative Auswahl zu. Bei den Genehmigungen werde nicht ausschließlich nach der Reihenfolge des Antragseingangs entschieden.

Die Verwaltung teilt mit, dass bis zum Zeitpunkt der Sitzung noch kein entsprechender Antrag des Veranstalters zur Durchführung einer "Rheinschau" in dem genannten Zeitraum vorlag.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
 - des Antikmarktes (22.03. – 25.03.2013)
 - der Informationsveranstaltung „Energie Tage Köln“ (16.05. – 22.05.2013)
 - des Kinderfestes „Hits4Kids“ (14.06. – 17.06.2013)
2. den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
 - des Antikmarktes (04.04. – 08.04.2013)
 - des Israeltages (08.05.2013)
 - des Hahnentorburgfestes der Ehrengarde (28.06. – 01.07.2013)

im Vorgriff auf die Veranstaltungen im Jahr 2014

3. den zentralen Innenstadtplatz Roncalliplatz für die Durchführung
- des Eurovison Young Musicans Wettbewerbs (25.05. – 31.05.2014)
den jeweiligen Veranstaltern zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Honorarordnung der Volkshochschule Köln
3493/2012**

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

**10.2 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung einer
Steuer auf Vergnügungen sexueller Art vom 19. Mai 2010
4575/2012**

Beschluss:

Der Rat beschließt die

als Anlage beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung einer Steuer auf Vergnügungen sexueller Art vom 19. Mai 2010 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich, gegen die Stimme der FDP-Fraktion, zugestimmt

**10.3 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
4527/2012**

Frau Manderla bedauert, dass die in Köln bereits sehr hohen Friedhofsgebühren nach einer Erhöhung um 20 % im Vorjahr nun erneut um insgesamt 6 % angehoben werden sollen und ergänzt, die Fraktion CDU bitte daher darum, die Behandlung der Vorlage in die Haushaltsplanberatungen zu schieben.

Herr Detjen fügt hinzu, er vermisse eine Übersicht über die Entwicklung der Lohnkosten, auf deren Anstieg man sich unter anderem in der Begründung der Gebührenerhöhung beziehe.

Herr Kahlen weist auf die in der Anlage 0 näher erläuterte Dringlichkeit der Vorlage hin und bittet darum, die Behandlung dieser nicht wie vorgeschlagen zu vertagen. Er bietet dem Ausschuss an, eine Auflistung der Lohnkosten bzw. deren Entwicklung zur nächsten regulären Sitzung des Finanzausschusses nachzureichen.

Herr Granitzka greift dieses Angebot auf und schlägt vor, die Beratung der Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen. Er bittet den Ausschuss um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.4 Bedarfsfeststellung über die Digitalisierung von mobilen und stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen im Kölner Stadtgebiet und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplans 0205, Verkehrsüberwachung
4016/2012**

Beschluss:

1. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales erkennt den Bedarf der vollständigen Digitalisierung der Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen im Kölner Stadtgebiet mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 674.000 Euro in den Jahren 2013 bis 2014 an.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 300.000 Euro im Teilfinanzplan 0205, Verkehrsüberwachung, bei Finanzstelle 3240-0205-0-0001, Beschaffung allg. beweglichen Anlagevermögens, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen im Haushaltsjahr 2013 im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich, gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und Pro Köln, zugestimmt

**10.5 Brüsseler Platz - Maßnahmen im Jahr 2013
0037/2013**

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung 1, im Jahr 2013 zur Verbesserung der Situation am Brüsseler Platz

1. den Moderationsprozess fortzusetzen,
2. die Möglichkeiten des Alkoholnachschiebs am Brüsseler Platz und im unmittelbaren Umfeld weiterhin einzuschränken und auch die entsprechende Gesetzesinitiative auf Landesebene weiter zu verfolgen, eine kommunale Ermächtigungsgrundlage zum Erlass von Einschränkungen vom Alkoholverkauf bei besonderen Problemlagen zu erreichen.
3. die Außengastronomie auf dem Brüsseler Platz auch im kommenden Jahr wie in 2012 betreiben zu lassen, um dadurch die Platzfläche für den allgemeinen Gebrauch zu verkleinern und bis 24:00 Uhr für eine Aufbruchstimmung zu sorgen,
4. die Einsätze der AWB beizubehalten und dafür zu sorgen, dass wieder ein Toilettencontainer in der Sommersaison zur Verfügung steht,
5. die Appelle des Ordnungsdienstes zur Einhaltung der Nachtruhe im Rahmen der persönlichen Möglichkeiten fortzusetzen und
6. das Alternativ-Angebot „Kulturdeck am Aachener Weiher“ fortsetzen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.6 Änderungen der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln
hier: Neufassung der Zuständigkeitsordnung
3912/2012**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.7 Mittelbewilligung für die Bundestagswahl 2013
0193/2013**

Herr Detjen regt an, in Wahlbenachrichtigungen künftig den Vermerk zur ggfs. nicht vorhandenen Barrierefreiheit eines Wahllokales um den Hinweis auf ein in der Nähe gelegenes, barrierefreies Wahllokal aufzunehmen bzw. auch die Möglichkeit zur Briefwahl aufzuführen.

Herr Kahlen sichert die Prüfung der Anregung zu, bittet jedoch um Beachtung, dass der zur Verfügung stehende Platz auf einer Wahlbenachrichtigung aufgrund der vorgegebenen Pflichtangaben sehr begrenzt sei.

Er betont des Weiteren, mögliche Barrieren können bereits jetzt über den Einsatz von sogenannten mobilen Wahlkabinen überwunden werden, sodass auch in diesen Wahllokalen für jeden Bürger die Möglichkeit zur Abgabe seiner Stimme bestünde.

Ausführliche Informationen zu dieser Fragestellung seien zudem über den Internetauftritt der Stadt abrufbar.

Herr Waddey erklärt sich erschreckt über die geringe Höhe der Beteiligung des Bundes an den entstehenden Kosten zur Bundestagswahl 2013 und bittet um Information, ob die Gesamtkosten über die Jahre immer mehr angestiegen seien. In diesem Zusammenhang bittet er um Einschätzung, inwiefern nicht mit Hinweis auf Konnexität die Erhebung einer Klage zu überlegen sei.

Herr Kahlen bestätigt, die Zahlen seien zu vergleichen mit denen zu früheren Bundestagswahlen. Er ergänzt, bei der Durchführung der Bundestagswahl handle es sich um eine Angelegenheit der Auftragsverwaltung, die bundesweit geregelt sei. Eine Möglichkeit zur Klageerhebung hinsichtlich der finanziellen Beteiligung des Bundes an den entstehenden Kosten sehe er daher nicht. Herr Kahlen versichert, ggfs. würde die Verwaltung auch den Städtetag auf diese Thematik hinweisen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die in der Problemstellung und der Begründung beschriebenen, notwendigen Beschaffungen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gem. §82 GO NRW durchzuführen.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 1.665.500 Euro wurden im Haushaltsplanentwurf 2013/2014 im Teilplan 0211 – Wahlen veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

gez. Granitzka
Vorsitzender

gez. Stiens
Schriftführerin